

Die wichtigen News JETZT

Neues aus der SPD-Landesgruppe Baden-Württemberg

Die Situation vieler Beschäftigter in der Altenpflege ist seit Jahren von Überlastung und Personalmangel geprägt. Gute Pflege braucht aber gute Arbeitsbedingungen und gute Bezahlung. Das gibt es am besten mit einem allgemeinverbindlichen Tarifvertrag. Wir haben im Bundestag das Pflegelöhneverbesserungsgesetz beschlossen. Ver.di und die Bundesvereinigung der Arbeitgeber in der Pflegebranche haben einen Tarifvertrag abgeschlossen, den wir für allgemeinverbindlich erklären lassen wollten. So hätten alle Beschäftigten profitiert – also alle, die wir in der Pandemie in der Altenpflege als Heldinnen und Helden des Alltags beklatscht haben.

Es ist bitter, dass die Caritas einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag und damit bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen abgelehnt hat. Das ist ein herber Rückschlag für alle Beschäftigten in der Altenpflege und nicht nachvollziehbar. Ohne bessere Löhne und Arbeitsbedingungen werden wir weiter Personal in der Pflege verlieren.

Verantwortlich sind aber vor allem die privaten Anbieter, die einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag vehement abgelehnt und von Anfang an hintertrieben haben. Und auch Bundesgesundheitsminister Jens Spahn trägt eine Mitschuld daran. Dass er sich noch vor zwei Wochen sehr kritisch über den vorliegenden Tarifvertrag gegenüber den kirchlichen Trägern geäußert hat, ist das Hintertreiben von starken sozialpartnerschaftlichen Strukturen und bedeutet, dass der Wettbewerb in der Pflege weiter auf dem Rücken der Beschäftigten stattfindet.

Ein Tarifvertrag enthält mehr als nur die Lohnhöhe. Neben dem Gehalt werden auch andere wichtige Rahmenbedingungen geregelt: Arbeitszeiten, Urlaubsanspruch, Weihnachtsgeld oder der Anspruch auf eine betriebliche Altersvorsorge. All diese Regelungen gehören zu guten Arbeitsbedingungen in der Pflege und sind dringend notwendig. Das ist jetzt verhindert worden.

Jetzt bleibt nur noch der Weg über die Mindestlohnkommission Pflege. Wir sind froh, dass Bundesarbeitsminister Hubertus Heil handelt und sie einberuft. Wir fordern Jens Spahn auf, seinen Worten auch Taten folgen zu lassen und Zuschüsse aus der Pflegeversicherung an eine Tarifbindung zu knüpfen.

01.03.2021

DAS WICHTIGE JETZT

